



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen: die dreigespaltene Preistafel 20 Pfennige, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennige. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Belegungsregister.

Inhalt: München. — Prolog. — Korrespondenzen (Oldenburg, Stettin). — Rundschau. — Anzeige.

Beilage: Eine gewerkschaftliche Frauenzeitung. — Korrespondenzen (Berlin I, Berlin II, Grimnitzschau).

München.

Der IV. Verbandstag wurde nach fünftägiger anstrengtester Arbeit in den Nachmittagsstunden des 5. Juni geschlossen. Mit stolzer Befriedigung können wir konstatieren, daß derselbe in der Geschichte unseres nun 10 Jahre bestehenden Verbandes als ein Meilenstein bezeichnet werden muß. Keine stürmischen Debatten gab es, welche die Gemüter erregten und ihnen den Blick trübten, bei der Beurteilung der bis jetzt geleisteten Arbeit und in der Abwägung der für die Zukunft notwendigen Maßnahmen. Bis auf wenige Ausnahmen war die Diskussion eine rein sachliche und bewegte sich auf einer Höhe, die erkennen ließ, daß die gewerkschaftliche Erziehungsarbeit der letzten drei Jahre gute Früchte getragen hat. Mit peinlichster Genauigkeit wurde die bisherige Taktik in der Tarifbewegung sondiert und in seltener Einmütigkeit betonte der Verbandstag die Notwendigkeit des weiteren Ausbaues derselben, als die Grundlage für eine ruhige und friedliche Entwicklung unseres Verbandes. Wenn auch über das scharfmascherische Treiben des Schutzverbandes deutscher Steindruckereibesitzer manch hartes Wort fiel und es verständlich erscheint, wenn ein süddeutscher Delegierter in berechtigter Entrüstung den „Kampf bis aufs Messer“ propagierte, so wissen wir doch, daß damit kein blindes Drauflosgehen gemeint ist, sondern es soll unermüßlich an der Sammlung unserer Scharen gearbeitet, mit kühler Ueberlegung die Stärke des Gegners geprüft und danach das Angriffsfeld abgesteckt werden.

Um dieser Erkenntnis voll und ganz Rechnung tragen zu können, hat der Verbandstag auf den Punkt Agitation sein Hauptaugenmerk gerichtet. Deutschland wird in Agitationsgauen eingeteilt und in jenen Gegenden, wo bis jetzt der Organisationsgedanke sich nur schwer Bahn brechen konnte, und zwar in Rheinland-Westfalen sowie im Osten des Reiches, werden in erster Linie besoldete Agitationsleiter angestellt. Wie wichtig und vielversprechend diese Maßnahme für die fernere Entwicklung des Verbandes ist, beweisen die bisherigen Fortschritte in jenen Orten und Gegenden, wo bereits früher die leitenden Personen von der Berufsarbeit frei gemacht werden konnten und ihre ganze Kraft in den Dienst unserer Sache stellten, ohne jeden Augenblick beschränkt zu müssen, vom Unternehmertum in jeder Hinsicht drangsalziert zu werden.

Hand in Hand mit diesen Beschlüssen ging die Festlegung der Beiträge und der Unterstützungseinrichtungen, die vom Vorstande auf Grund genauester Berechnungen beantragte Einführung des fünfklassen-Systems an Stelle der bisherigen drei Klassen wurde angenommen und

auch den vorgeschlagenen Unterstützungssätzen nach geringfügigen Abänderungen zugestimmt. Neu und für die Agitation unter der weiblichen Kollegenschaft von großer Bedeutung ist die Schaffung einer Wöchnerinnen-Unterstützung. Ganz besonders muß bei der Beurteilung dieser materiellen Fragen anerkannt werden, daß die Zahlstellen zu Gunsten des zentralistischen Einheitsgedankens auf die bisher inne gehabte Selbständigkeit bei der Festsetzung von Beitrags- und Unterstützungssätzen verzichteten. Sie konnten es aber auch um so leichter, da ja nunmehr die Verbandskasse allen Bedürfnissen, die bis jetzt aus lokalen Mitteln gedeckt wurden, Rechnung trägt, diese zum Teil sogar ganz nennenswert überholt. Auf diese Weise war es auch nur möglich, dem Verbands reichlichere Mittel zur Verfügung zu stellen, ohne durch die Erhöhung der Beiträge in den oberen Klassen dem einzelnen Mitgliede allzu große Lasten aufzubürden. Die Herabsetzung der Verwaltungskosten der Zahlstellen auf 7½ Proz. ermöglichte es auch, die Besoldung der Verwaltungsbeamten auf die Verbandskasse zu übernehmen.

Der ungeahnte Aufschwung in der letzten Verbandsperiode und die voraussetzliche Steigerung der Mitgliederzahl machte ferner die Anstellung des Hauptkassierers und des Redakteurs der „Solidarität“ notwendig. Letztere soll vom 1. Oktober d. J. ab wesentlich erscheinen, um mehr wie bisher aufklärend und werdend wirken zu können.

Und so sehen wir denn, daß der Münchener Verbandstag bis in die kleinsten Details eingedrungen ist, alles erforscht und untersucht hat, um seinen Beschlüssen auch die Kraft zu geben, unseren Verband groß und stark zu gestalten, damit er der ungelerten Arbeiterchaft in den graphischen Berufszweigen ein unüberwindlicher Schutzwall sei, in den schweren wirtschaftlichen Kämpfen mit dem Kapitalismus. Nicht in den hintersten Reihen des großen Heeres der graphischen Arbeiter wollen wir stehen und im Verborgenen unser Dasein fristen, sondern Schulter an Schulter mit ihnen kämpfen für die Freiheit der Arbeit und unsere Menschenrechte. Hierzu hat der IV. Verbandstag die alten Waffen geschärft und neue geschmiedet. Mögen seine Beschlüsse den Buch- und Steindruckereihilfsarbeitern und Arbeiterinnen Deutschlands und deren Verband zum Heile gereichen.

Der Verbandstag wurde am Sonntag, den 31. Mai, nachmittags 3½ Uhr von der Verbandsvorsitzenden Thiede im festlich geschmückten Saal des Bavaria-Keller eröffnet. In ihrer Ansprache wies Kollegin Thiede, nachdem sie die erschienenen Delegierten und Gäste begrüßt hatte, darauf hin, daß jeder Verbandstag als der bedeutendste der Gegenwart bezeichnet werden kann. Aber ganz besonders feierlich ist dieser, weil wir mit seiner Tagung die Feier des 10jährigen Bestehens unseres Verbandes verbinden. An sich sind 10 Jahre keine große Spanne Zeit, aber in der Entwicklung der Arbeiterbewegung bedeuten sie eine unermessliche Arbeit. Mit 1000 Mitgliedern haben wir im Jahre 1898 angefangen und heute sind es deren

14 000. Reich war die Zeit an Arbeit und Kämpfen und wir haben manches Leid aber auch manche Freude mit einander geteilt. Wir haben Zahlstellen gegründet und mußten sehen, wie sie wieder zu Grunde gingen. Dennoch ist es vorwärts gegangen und so sehr viele Errungenschaften können wir unserem schönen Verbands danken. Allen die gekommen sind mit dem ehrlichen Bestreben, mitzuarbeiten an dem Ausbau des schönen Werkes ein herzlich Willkommen! (Beifall.)

Schmid-München bezeichnet es als den schönsten Augenblick seines gewerkschaftlichen Lebens, den Verbandstag in München begrüßen zu können. Er schildert in kurzen Zügen die Entwicklung der Zahlstelle und betont, daß heute München keine kleine Zahlstelle mehr ist, und er im Namen von 1½ Tausend Mitgliedern sprechen kann. Auch er heißt die Erschienenen willkommen und wünscht der Tagung besten Erfolg.

Schuhmeier-Wien: Zum zweiten Male wird mir der ehrende Auftrag zu teil, ihnen die Grüße der österreichischen Kollegenschaft zu übermitteln. In Halle a. S. konnte ich dies nur im Namen eines Lokalvereins, heute sind wir Zentralorganisation. Daß das Band, das uns vereint, ein immer festeres wird und die freundschaftlichen Beziehungen hochgehalten werden, beweist, daß auch der deutsche Verband auf der Generalversammlung des österreichischen Reichsvereins durch Kollegin Thiede vertreten war. Nebner wünscht den Verhandlungen die besten Erfolge.

Niebegger-Bern überbringt die Grüße des graphischen Hilfsarbeiter-Verbandes der Schweiz. Mit Bewunderung sehen die Schweizer Kollegen das Aufblühen der deutschen Organisation und sind bestrebt, von derselben zu lernen. Im Jahre 1903 zählte der schweizerische Verband 6 Sektionen mit 180 Mitgliedern, deren Zahl bis jetzt auf 1200 angewachsen ist. Die Beziehungen zu den gelernten Arbeitern sind gute. Die Ursachen des langsamen Fortschrittes sind in dem Mangel an Großbetrieben zu suchen. Ein großer Teil der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen gehört der Landbevölkerung an, welche schwer zu organisieren ist. Die vielen Gruppen erschweren die Tarifarbeit. Am 21. Juni wird es sich entscheiden, ob ein Einheits tarif eingeführt wird. Nebner wünscht dem Verbandstag besten Erfolg.

Fabjan, Vorsitzender des Gewerkschaftskartells in München, begrüßt den Verbandstag. Nebner schildert die Anfänge der Hilfsarbeiterbewegung in München, die er kennt. Er erwartet, daß die hohen Aufgaben, die der Delegierten harrten, erfüllt werden. Daß der IV. Verbandstag ein Meilenstein in der Geschichte der graphischen Hilfsarbeiterchaft werde, wünschen die 55 000 organisierten Arbeiter Münchens.

Wassermann-München begrüßt den Verband im Namen des graphischen Kartells. Der Schutzverband hat nach der letzten Bewegung in München erklärt, daß er das Kartell vernichtet hätte. Dies ist nicht der Fall, daselbe ist heute stärker denn je gefestigt. Nebner wünscht, daß von oben herab an der Schaffung eines graphischen Industrieverbandes gearbeitet werde.

Hierauf erfolgt die Wahl des Bureaus.
Zu Vorsitzenden werden gewählt: Thiede-Berlin und Schmid-München, zu Schriftführerinnen Gertr. Hanna und Marie Müller-Berlin.

Die vorgeschlagene Geschäftsordnung wird mit einer kleinen Aenderung nach kurzer Diskussion angenommen.

Eine Anfrage Glotz-Berlin, warum der Verbandstag der preussischen Landtagswahlen wegen nicht verschoben wurde, wird seitens des Bureaus dahingehend erwidert, daß zu anderer Zeit ein Tagungslokal sowohl wie Unterkunftsräume für die Delegierten nicht zu haben gewesen wäre.

Schmid-München fragt an, warum unser Verband keinen Vertreter zur Bödner Generalversammlung des Buchdruckerverbandes entsendet habe.

Thiede-Berlin erwidert, daß wir nicht nur nicht eingeladen, sondern in aller Form eine Absage seitens des Verbandsvorsitzenden Herrn Bödlin erhielten. (Große Unruhe.)

Hierauf wird die Präsenzliste festgestellt. Anwesend sind:

Johann Schmid-Augsburg, Sophie Teske, Adelheid Richelmann, Louise Hentsche, Marie Müller, Elise Korn, Emma Hanna aus Berlin, Zahlstelle I; August Moritz, Paul Rand, Otto Glotz, Heinrich Kunert, Otto Reich, Robert Mahle, Gustav Fuß, Preisling, Arnold Köhl, Karl Schulze aus Berlin, Zahlstelle II; Otto Ault, Robert Goldbeck, Mühlenberlein aus Berlin, Zahlstelle III; Ernst Klingst, Hussak aus Baugen, Wilhelm Ritter-Bielefeld, Heinrich Schab, Fr. Schwiering aus Bremen, Albert Abend, Paul Holz aus Breslau, Georg Sauer-Cassel, Max Vogel-Crimmitschau, Paul Hermann, Franz Hermann, Friedrich Fide aus Dresden, Ernst Menges-Darmstadt, Anton Raib, Joseph Thomas aus Frankfurt a. M., Wilhelm Spartakus, Friedrich Plumbhof aus Hannover, S. Pfleger-Derford, Adolf Glarner, Karl Pirchner, S. Lohse aus Hamburg, Fr. Aren, E. Barwin aus Königsberg, Joseph Burger-Kaufbeuren, Otto Schulze, Felix Löfer, Arthur Köhler, Otto Hellhaler, Bernhard Glas, Liesbeth König, Otto Seidel aus Leipzig, Wilhelm Adler-Rahr i. B., Karl Streicher, Karl Köhler aus Karlsruhe, F. Fröhling, Gustav Müller aus Mannheim, Eckstein-Magdeburg, Albert Schmid, Valentin Neumeier, Louise Burtert, Betti Hermann, Christian Bergler, Johann Rudolf aus München, Karl Redding, S. Württemberg aus Nürnberg, Arthur Wolff, Joseph Burtardt aus Strassburg i. E., Marie Hain-Saalfeld, Hugo Werner, Dietrich aus Stuttgart, S. Stichert-Stettin, Max Griffel-Altenburg, Wahlkreis I, Gustav Speer-Siegen, Wahlkreis II, Franz Werner-Langenberg b. Gera, Wahlkreis III, Charles Friisch-Mühlhausen, Wahlkreis IV, Hermann Silken-Riel, Wahlkreis V, Joseph König-Effen a. Ruhr, Wahlkreis VI, Paula Thiede, Verbandsvorsitzende, Heinrich Lohahl, Verbandskassierer, Gertrud Hanna, Verbandsvorstand, E. Fischer, Redakteur der Solidarität, aus Berlin.

Anwesende Gäste:

Karl Schuhmeier-Wien, Rudolf Niedegger-Bern, Oskar Krumpfert-Dresden, Otto Sillier-Berlin, vom Verband der Lithographen und Stein-drucker, Emil Roth-Berlin, vom Verband der Buchbinder, G. Sabbath-Berlin, von der General-kommission.

Nach der Wahl der Mandatsprüfungskommission, womit die Vorbesprechung beendet war, folgten die Delegierten der Einladung des Münchener Lokalkomitees zu dem ihnen zu Ehren veranstalteten

Fest-Kommers

im reich und geschmackvoll dekorierten Saale des „Sackerbräu-Keller“. Hier zeigte die Münchener Kollegenschaft, daß sie es versteht, die hochgeschraubten Erwartungen weit zu übertreffen. Sie haben keine Arbeit, keine Mühe und auch keine Opfer geschenkt, um denen, die gekommen waren, schöne und angenehme Stunden zu bereiten, die allen unvergänglich bleiben werden. Das glänzende Programm bot in reichster Fülle Ernstes und Heiteres in bunter Reihenfolge. Ganz besonders hervorheben müssen wir den von der Tochter des Kollegen Auerhammer in schöner und ergreifender

Form zum Vortrag gebrachten Prolog, den wir an anderer Stelle zum Abdruck bringen. Die Weiterleitung der Festversammlung, die wir auf 2500 Personen schätzen, erreichte ihren Höhepunkt, als Kollege Albert Schmid in einer zündenden Ansprache die Erfolge des Verbandes feierte und die Kollegin Thiede zu ihrem zehnjährigen Jubiläum als Verbandsvorsitzende beglückwünschte. Letztere dankte mit herzlichen Worten für all das schöne, was die Münchener geleistet. Begeistert stimmten die Anwesenden in das Hoch auf den Verband und die Münchener Zahlstelle ein.

Es ist nicht möglich, den ganzen Abend hier Revue passieren zu lassen, wir wollen nur noch des kleinsten Schuhplattlerpaars, Geschwister Albert und Ella Schmid gedenken, die ebenso reizend wie die Paare des Vereins „Vairischzeller“ künstlerisch in ihrer Alpentracht „plattelten“. Wir erfüllen eine angenehme Pflicht, an dieser Stelle allen, die dazu beigetragen haben, den Verbandstagsbelegierten in so liebenswürdiger und echt kollegialer Weise den Aufenthalt in München verschönt zu haben, herzlichst zu danken.

I. Verhandlungstag.

Zu Punkt I der Tagesordnung, Geschäfts- und Kassenbericht, gibt Kollegin Thiede-Berlin zu dem gedruckt vorliegenden Bericht einige Erklärungen. Die angenommene Statistik über die Tarifeinführung kann erst nach dem Verbandstag veröffentlicht werden. Lohahl-Berlin beschwert sich darüber, daß die Zahlstellen so unterschiedliche Beiträge leisten. Er bepricht die Folgen der Aussperrung der Stein-druckereiarbeiter im Jahre 1906 auf die Kassenverhältnisse, wenn behauptet wird, wir hätten durch dieselbe materiell gewonnen, so müsse dem entgegen getreten werden. Der Vorteil liegt lediglich im Mitgliederzuwachs.

Hentsche-Berlin I als Vorsitzende der Revisionskommission bestätigt den Kassenbericht und beantragt Decharge-Erteilung.

Schulze-Leipzig schildert die Entwicklung der Zahlstelle Leipzig. Bei 800 Mitgliedern wurde eine Anstellung vorgenommen mit halbtägiger Arbeitszeit. Als die Mitgliederzahl auf 2000 stieg, konnte ein Beamter die Arbeit nicht mehr bewältigen, so daß Ungenauigkeiten nicht zu vermeiden waren. Hierzu kamen die Tariffämpfe und die große Mitgliederfluktuation. Nach der Aussperrung ist die Beitragsziffer zurückgegangen. Der Verbandsvorstand hätte mit einer Anstellung früher eingreifen müssen.

Ault-Berlin III bepricht die Aussperrung und die Stellung der Gehilfen dazu. Hätte man die Mitwirkung der Hilfsarbeiter nicht verschmäht, wären ganz bestimmte Erfolge zu verzeichnen gewesen.

Nachdem Lohahl-Berlin und Thiede einige Aufklärungen zu den gemachten Ausführungen gegeben, letztere besonders betont, daß der Vorwurf bezüglich der Anstellung in Leipzig nicht berechtigt ist, weil nicht Böswilligkeit des Verbandsvorstandes vorlag, sondern die kleinen Verhältnisse maßgebend waren, begründet der inzwischen ersichene Hauptvorsitzende des Senefelderbundes

Sillier-Berlin den Verbandstag und dankt besonders für die Einladung, da andere graphische Organisationen leider einen anderen Standpunkt eingenommen haben. Rebner bittet, nicht den Verband dafür verantwortlich zu machen, wenn einzelne Mitglieder in unschöner Weise gegen die Hilfsarbeiter auftreten. Die Verbandsleitung sieht darauf, daß das Hilfspersonal in seinen organisatorischen Bestrebungen unterstützt wird und erklärt Arbeiter, die anders handeln, für rückständig.

Dem Verbandsvorstand und Hauptkassierer wird hierauf gegen eine Stimme Decharge erteilt.

Schab-Bremen gibt den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es sind 76 stimmberechtigte Delegierte erschienen, deren Mandate anerkannt werden. Einem Wahlzettel der Zahlstelle Chemnitz kann nicht stattgegeben werden.

Zwei Beschlüssen über vollzogene Ausschüsse sowie die Angelegenheit Krumpfert-Dresden werden einer achtgliedrigen Kommission überwiesen.

II. Tarif- und Lohnbewegungen.

Thiede-Berlin als Referentin führte ungefähr folgendes aus: Seit vier Jahren bestehen Ein-

zeltarife, die als Vorläufer unserer jetzigen Tarifgemeinschaft angesehen werden müssen, und zwar in München, Kassel und verschiedenen Berliner Druckereien. Die Schwierigkeiten und Konflikte mit den gelernten Berufen drängten dazu, daß allgemeine Bestimmungen geschaffen wurden. Welche Erfolge der Abschluß brachte, zeigt die zuletzt aufgenommene Statistik am besten. Dieselbe ist wohl nicht erschöpfend, aber dadurch, daß sich auch ein großer Teil Auorganisierter gekühdert hat, ist sie wertvoll; so daß wir ein Bild bekommen, wie wir es bis jetzt nicht kannten. Diese Statistiken, in denen sich der Einzelne äußert, sind für uns um so wertvoller, weil wir sie gegenüber den eigenartigen Durchschnittsberechnungen der Prinzipale gut verwenden können. Bei der Schaffung der Allgemeinen Bestimmungen mußte Wert darauf gelegt werden, daß die neunstündige Arbeitszeit überall Gesetz werde, die bereits in größeren Druckorten eingeführt war. Allein hätten kleinere Orte in dieser Beziehung nichts erreichen können. Rebnerin bepricht die Allgemeinen Bestimmungen in ihren Einzelheiten. Die Einführung derselben ist nicht immer so glatt von statten gegangen, wie es den Anschein hat. Verschiedentlich sind hohe Löhne gefordert worden, denen wir selbst entgegenzutreten mußten. Manche Fehler wurden in den einzelnen Orten gemacht, weil den dortigen Kollegen niemand zu Hilfe kommen konnte, da die eine zur Verfügung stehende Person nicht allen Anforderungen gerecht werden konnte. Wir mußten dazu greifen, einzelne Personen freizumachen, um an anderen Orten arbeiten zu können; dadurch blieb natürlich wieder anderes liegen. Das erfreulichste an der Sache ist der überall sich bemerkbar machende Eifer, mit welchem verfuhr wurde, Tarife einzuführen. Leider konnte sich die Kollegenschaft nicht immer in die neuen Verhältnisse hineinleben. Bei ausbrechenden Differenzen wurde nach alter Gewohnheit die Arbeit niedergelegt, ohne sich an die Abschlüsse und vorgeschriebenen Instanzen zu halten.

Wir müssen unsere ganze Kraft daran setzen, die Kollegen und Kolleginnen aufzuklären, daß die getroffenen Abmachungen hochgehalten werden müssen. Unsere heutigen Allgemeinen Bestimmungen sind als Vorläufer für eine künftige Tarifgemeinschaft zu betrachten und darum dürfen wir uns in unserer Pionierarbeit keine Fehler zu schulden kommen lassen. Wir haben darauf zu sehen, daß in der jetzigen Tarifperiode die Schwierigkeiten beseitigt werden, die es verhindern in den Hauptpunkten Dresden, Breslau und im ganzen Westen sowohl wie im Osten den Tarif einzuführen. Bei einer kommenden Beratung über die Mindestlöhne muß Berlin als Grundlage dienen.

Rebnerin betont die Notwendigkeit einer strengen Disziplin im Tarifverhältnis und bepricht zwei Fälle aus Berlin wo zu Unrecht die Arbeit niedergelegt wurde. Man kann es begreifen, daß die Kollegen nach einer 18 jährigen Gewohnheit handelten, aber gutgeheßen darf dies nicht werden. Der Einzelne muß mit seinen Forderungen zugunsten der Allgemeinheit zurückhalten. Wir irren, wenn wir behaupten, daß es ohne Tarif besser geht. Vielleicht trifft dies in großen Orten zu, aber wir haben die Pflicht auch für die Kleineren zu sorgen, die sich allein nicht helfen können. Trotzdem wir nicht alles erreichen, was wir haben wollten und für die Zukunft haben müssen, können wir auf das Errungene stolz sein. Andere große Verbände können dieselben nicht aufweisen. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß es bei den Löhnen eine Grenze nach oben gibt, die durch den Buchdrucktarif bedingt ist. In Dresden haben wir keine Mittel und keine Anstrengungen gesehen, um der Kollegenschaft zu einem Tarif zu verhelfen, leider ohne Erfolg. Auch mit Arbeitsniederlegungen konnten wir den Widerstand der dortigen Zunft nicht brechen. Dies liegt aber hauptsächlich an der Kollegenschaft selbst, und es wird noch langer und harter Arbeit bedürfen, bis wir zu einem Abschluß kommen. In Breslau dagegen liegt es an dem Mangel großer Tageszeitungen, was unsere Aktionskraft hemmt.

Durch die Tarife für das Buchdruckpersonal sind in einzelnen Orten auch Verbesserungen für den Stein-druck geschaffen worden. Wo dies nicht möglich war, haben wir mit Teilkämpfen gewirkt. Hier erstand uns aber ein neuer und gefährlicher Feind durch die Gründung des Schutzverbandes. Zum Stein-druck muß jetzt das nachgeholt werden, was durch die jahrelange Organisationslosigkeit verfaumt wurde.

Und das ist ungeheuer schwierig. Die Gehilfen können uns nicht immer helfen, weil sie nur dann eingreifen können, wenn es sich um „rückständige“ Löhne handelt. Wir brauchen uns vor dem Schutzverbande nicht zu fürchten, aber wir dürfen uns nicht unnütz aufreiben. Wenn wir in einzelnen Fällen ein planmäßiges Vorgehen verlangten, dann hieß es, der Hauptvorstand brems. Es ist nicht schwer, die Masse in den Streik zu führen, aber die Folge ist, daß nicht nur die Mittel unnütz verbraucht werden, sondern auch die Bewegung zurückgeht. Wir müssen jederzeit mit den Verhältnissen und vor allem mit den gelehrten Arbeitern rechnen. Auf Grund einer falschen Taktik dürfen wir unsere Erfolge nicht begraben. Wir müssen ein Verantwortlichkeitsgefühl in allen Situationen haben. (Weiß.)

Rednerin empfiehlt folgende Resolution zur Annahme:

Der Abschluß der Allgemeinen Bestimmungen in Leipzig mit örtlicher Wohnregelung wird als ein bedeutender Schritt zur allgemeinen Tarifförm anerkannt und begrüßt.

Es wird als eine hohe und wichtige Aufgabe anerkannt, diese Bestimmungen durch eine planmäßige Agitation in möglichst allen Zahlstellen zur Durchführung zu bringen.

Wo die allgemeinen Bestimmungen eingeführt sind, also ein Tarifabschluß zu verzeichnen ist, muß bei allen Differenzen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber streng nach den abgeschlossenen Satzungen gehandelt werden. Arbeitsniederlegungen ohne Innehaltung der Kündigungsfrist sind unbedingt zu vermeiden und nach Bericht über die Differenzen an den Zahlstellenvorstand ist das Schiedsgericht anzurufen, ehe Arbeitsniederlegungen erfolgen.

Arbeitsniederlegung kann nur mit Zustimmung des Verbandsvorstandes erfolgen; Mitglieder, die ohne die Zustimmung des Orts- und Verbandsvorstandes die Arbeit niederlegen, haben die Konsequenzen selbst zu tragen.

Ganz besonders wird auch an dieser Stelle das beispiellose und schädigende Verhalten der Kollegen bei Ullstein (Nachtarbeit) auf das allerentschiedenste verurteilt, bei Wiederholungen solchen Falles ist der § 5 Abs. a und b d. V.-St. mit aller Schärfe zur Anwendung zu bringen.

Die Bildung örtlicher graphischer Kartelle ist zu empfehlen, um vor jeder Bewegung, bei der die Mithilfe der anderen Berufe von Bedeutung ist, eine Verständigung herbeizuführen, und wenn möglich, gemeinsam vorzugehen. Keinesfalls aber darf sich ein graphisches Kartell (unter Mithilfe unserer Mitglieder) das Recht nehmen, wie im Falle Münchens, entgegen den Beschlüssen der Verbandsvorstände nach eigener Taktik Lohnbewegungen zu veranlassen, während die Kosten und Schädigungen dieser Handlungen die Organisationen zu tragen haben.

Wenn bisher im Hinblick auf die neuen Verhältnisse, welche die Tarifabschlüsse mit sich brachten, nicht immer mit aller Entschiedenheit nach den Satzungen gehandelt wurde, so wird erwartet, daß die Zahlstellenleiter nunmehr strikte danach handeln. Ganz besonders sind die Vertrauenspersonen eingehend über die Rechte und Pflichten, die der Tarif mit sich bringt, zu unterrichten.

Der Ausbau unserer Tarifgemeinschaft ist eine unserer wichtigsten Organisationsaufgaben und sein Gelingen hängt davon ab, daß alle Handlungen und Bewegungen nur immer unter Berücksichtigung der Allgemeininteressen vorbereitet und entschieden werden.

Die Schaffung eines eigenen Tarifamtes ist eine unbedingte Notwendigkeit.

Am der Debatte, die sich bis zum Schluß des ersten Verhandlungstages ausdehnte, beteiligten sich die Delegierten Schmid, Fuß, Moritz, Sand, Sillier, Fr. Hermann, Ault, P. Hermann, Streicher, Werner, G. Hanna, Bloth, Bucher, Kunert, Marie Müller, Schab, Preisling, Gleich, Abend, Söllner als Vertreter der Münchener Maschinenmeister, Reumeier, Schulz und Vogel.

Zu Beginn des

II. Verhandlungstages

gibt Kunert-Berlin II die Erklärung ab, daß es nicht in der Absicht lag, einen Tarifbruch bei

der Firma Ullstein u. Co. zu begehen, und versichert ferner, daß sich ein solcher Fall nicht wiederholen wird, sondern daß alle Kollegen sich zum Wohle der Organisation betätigen werden. Darauf wird die Debatte geschlossen und nach dem Schlußwort der Kollegin Thiede die vorgelegene Resolution mit 43 gegen 28 Stimmen angenommen.

Ueber den dritten Punkt der Tagesordnung „Statutenberatung“ referiert der Hauptreferent Lohahl-Berlin. Er führt aus, daß, wie aus dem Kassenbericht hervorgeht, es notwendig ist, größere Mittel heranzuschaffen, um in ausgiebiger Weise für die Verbesserung der Lage unserer Mitglieder zu sorgen. Das in Halle beschlossene Dreiklassenystem hat sich als praktisch erwiesen und rechtfertigt den weiteren Ausbau der Stufen. Die vom Verbandsvorstand beantragte Einführung von fünf Beitrags- und Unterstützungs-Klassen ist auf genaue Berechnungen aufgebaut und wohl erwogen. Es werden nicht alle fünf Klassen für jede Zahlstelle in Betracht kommen, sondern es wird mit 3 bis 4 Klassen gearbeitet werden können.

Die Anträge Mühlhausen und Darmstadt bedeuten eine große Zumutung an die Kasse der schlechter entlohnenden und sind darum nicht diskutabel. Ein Teil der Anträge, die bezwecken, die Beiträge zu erhöhen ohne praktische Vorschläge zu bringen, sind ebenfalls von vornherein als erledigt zu betrachten. Leider seien auch Anträge auf Erhöhungen und Neueinführungen von Unterstützungsstufen in großer Zahl eingelaufen, ohne für die nötigen Mittel zur Deckung zu sorgen.

Am weitgehendsten sind ohne Zweifel die Anträge Münchens, die neben einem Vierklassensystem schon die höchsten Beiträge bei einem Lohn von über 16 Mk. beantragen und daneben eine Herabsetzung der Dauer der Unterstützung für Arbeitslosigkeit in den ersten Klassen vorsehen. Es würden nach der Berechnung des Redners in der 1. Klasse 1000, in der 2. Klasse 3000, in der 3. Klasse 5000 und in der 4. Klasse 5500 Mitglieder zahlen und einen Betrag von 252 000 Mk. pro Jahr ergeben, dem nach dem letzten Bericht ein Betrag von 152 000 Mk. gegenübersteht. Nach den Berechnungen, die den Anträgen des Hauptvorstandes zu Grunde liegen, würden sich die Einnahmen auf 200 000 Mk. pro Jahr stellen. Durch die beantragte Herabsetzung der Bezugsberechtigung um teilweise Erhöhungen der Krankenunterstützung seien diese Anträge unannehmbar.

Redner glaubt ferner, daß die Anträge des Hauptvorstandes zu § 8 die praktischeren seien und empfiehlt diese nochmals der Berücksichtigung. Das Eintrittsgeld müsse so niedrig wie möglich bemessen werden, um die Agitation zu erleichtern. Bei den Anträgen, die die Verkürzung der Karenzzeit bezwecken, rät Redner zur Vorsicht und empfiehlt deren Ablehnung.

Aus dem vorliegenden Jahresbericht sei zu ersehen, daß die Krankenunterstützung eine ganz besondere Höhe erreicht hat, ebenso ist die Dauer der Krankheit eine viel längere, wie die der Arbeitslosigkeit, daher sei eine Verlängerung der Unterstützungsdauer auf diesem Gebiete nicht ratsam. Redner führt eine ganze Reihe Zahlstellen, darunter München, an, wo die Arbeitslosenunterstützung bedeuten geringer wie die für Krankheit war. Zur Streikunterstützung übergehend teilt Redner mit, daß sich die meisten Anträge hierzu bedenken, außer Münchens, die weit zurückbleiben. Der Antrag des Hauptvorstandes zur Streikunterstützung wird nach Ausführung des Redners zurückgezogen und statt dessen beantragt, daß die Streikunterstützung zwei Drittel des Wochenlohnes betragen soll, 16 Mk. aber nicht übersteigen darf. Unbeeinflusst hiervon sollen die Unterstützungen für die Kinder der Streikenden nach dem ersten Antrage des Hauptvorstandes bestehen bleiben. Zur Wöchnerinnen-Unterstützung empfiehlt der Antrag des Hauptvorstandes eine einmalige Unterstützung von 6 Mk. zu gewähren. Es ist dies eine Neueinrichtung, die erst geprüft werden müsse.

Falls die Sterbeunterstützung in der von Hamburg beantragten Höhe von 160 Mk. angenommen würde, würden sich die Ausgaben hierfür, nach den Auszahlungen, wie sie in der Zahlstelle II im letzten Jahre vorgenommen wurden, auf 6000 Mk. belaufen. Diese wie die Invaliden-

unterstützung bittet Redner abzulehnen. Letztere auch bezweigen, weil die beantragte Höhe der Landesversicherung gleichkommt, wir aber unter keinen Umständen eine Invalidenversicherungsanstalt aus unserer Organisation machen können. Die für die zum Militär eingezogenen Mitglieder beantragte Unterstützung nach Maßgabe der Arbeitslosenunterstützung bittet Redner ebenfalls abzulehnen. Für die von der Zahlstelle Breslau und Kiel beantragte Reiseunterstützung habe sich bisher noch kein Bedürfnis gezeigt. Die Zahlung der Fahrtkosten für nach anderen Orten in Stellung gehende Mitglieder wünscht Redner von Fall zu Fall der Prüfung des Hauptvorstandes zu überweisen. Nachdem der Redner die verschiedenen Anträge besprochen, wird in die Generaldebatte eingetreten, in deren Verlauf seitens des Verbandsvorstandes die Erklärung abgegeben wird, daß allen Berechnungen das Fünffklassensystem zu Grunde lag; wird dieses abgelehnt, so müßte derselbe seine sämtlichen Anträge zurückziehen. Es folgten sodann die prinzipiellen Abstimungen.

Das Fünffklassensystem wird mit 38 gegen 36 Stimmen angenommen.

Die Staffellung der Unterstützungen auf längere Jahre findet einstimmige Annahme.

Die Wöchnerinnenunterstützung wird mit großer Majorität angenommen.

Die Sterbeunterstützung wird gegen 17 Stimmen abgelehnt.

Die Invalidenunterstützung wird gegen eine Stimme abgelehnt.

Die Umzugsunterstützung wird gegen einige Stimmen abgelehnt.

Die Reiseunterstützung wird mit 33 gegen 32 Stimmen abgelehnt.

In die Statuten-Beratungskommission werden gewählt: Reumeier-München, Schulze-Leipzig, Kirchner-Hamburg, Sparhül-Hannover, Marie Müller-Berlin I, Moritz-Berlin II, Klingst-Bautzen, Fr. Hermann-Dresden und Thomas-Frankfurt a. M.

Das Referat über den Punkt Agitation hält Kollegin G. Hanna-Berlin.

Sie spricht zuerst über die Notwendigkeit der Agitation, da eine ganze Reihe von Zahlstellen als solche eigentlich garnicht anzusehen sind und ebenfalls noch viele Kollegen unserer Organisation fernstehen. Am schlimmsten sind die Verhältnisse in Preußen östlich der Elbe, wo als einziger größerer Vorort nur Breslau in Betracht kommt. Die Taktik der Unternehmer im Steinbrudgewerbe, durch deren Aussperrung ungefähr 2000 von unsern Kollegen getroffen wurden, hat allerdings vielen die Augen geöffnet und sie für unsere Organisation gewonnen. Die großen Kosten aber, die hauptsächlich durch die Opferwilligkeit der Mitglieder gedeckt, diese Aussperrung verursachte, beweisen, welchen Schaden der Schutzbund unserer Organisation zufügen kann. Daher ist es notwendig, daß die Mitglieder nicht nur zahlende, sondern auch tätige sind, vor allem aber die Fähigkeit besitzen, agitatorisch zu wirken. Rednerin zeigt an einzelnen Fällen, wie durch unkluges Handeln und Unkenntnis der Kollegen, die Organisation leicht in gefährliche Situationen hätte gebracht werden können. Hierin muß der Verbandstag Wandel und Abhilfe schaffen. Auch der Tarifabschluß erfordert aufgeklärte Mitglieder, die imstande sind, ihn günstig in allen Orten einzuführen. Es ist daher Pflicht, die Mitglieder aufzuklären und neue zu gewinnen, um auch einen Vorstoß gegen den Scharfmacherverband, dem wir bisher nicht gewachsen sind, unternehmen zu können. Zur Aufklärung und Agitation bedarf es nur fähiger Kräfte, die wir wohl unter den Mitgliedern haben, aber durch ihre wirtschaftliche Lage nicht imstande sind, sich genügend ihrer Organisation widmen zu können. Die angestellten Beamten in den größeren Orten, deren Mitgliederzuwachs wie die geschaffenen günstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen beweisen, wie notwendig Anstellungen von bewährten Kräften seien, können sich aber wenig um die kleinen Orte kümmern. Auch der Zentralvorstand kann allen an ihn in dieser Hinsicht gestellten Anforderungen nicht mehr genügen; dem Kollegen Lohahl-Berlin hat man der vielen Arbeitsverhältnisse wegen mit der Entlassung gebroht. Die Kosten für die Anstellung werden durch

die Erfolge aufgewogen werden, die nur durch immerwährendes Arbeiten in einzelnen Bezirken zu erringen sind. Rednerin legt dar, daß eine Einteilung Deutschlands in folgende 10 Gaue eine Notwendigkeit ist. 1. Ein Bezirk in Bayern, der von München aus geleitet wird, 2. ein Gau, von Stuttgart aus geleitet, für Württemberg, Weh, Triert usw., 3. ein Gau um Frankfurt, 4. für Rheinland-Westfalen, 5. für Bielefeld, Herford und umliegende Pöhlstellen, 6. für Oldenburg, Hamburg, Schwerin, 7. für Magdeburg, Stettin usw. unter Berliner Leitung, 8. ein Gau um Leipzig, 9. einer um Dresden, 10. ein Gau im Osten Deutschlands mit Breslau als Vorort. Für drei Gaue, um Frankfurt, um Stuttgart und für den Osten ist die Anstellung von Beamten unbedingt notwendig. Zu diesen Vorschlägen liegt eine Resolution des Zentralvorstandes vor, welche die Referentin einstimmig anzunehmen empfiehlt.

Resolution.

Um die Agitation in Deutschland wirksamer und vor allen Dingen planmäßiger zu gestalten, ist die Einteilung Deutschlands in Agitationsgaue eine unbedingte Notwendigkeit.

Eine planmäßige Agitation ist um so mehr erforderlich, als noch in verschiedenen Orten — namentlich im Osten Deutschlands und in ganz Rheinland-Westfalen — äußerst traurige Verhältnisse bestehen und wir durch den Schutzverband im Steinbrudgewerbe ganz besonders verpflichtet sind, die Kollegenchaft eingehend über alle Verhältnisse aufzuklären.

Eine gut organisierte und aufgekärte Kollegenchaft ist auch aus dem Grunde von Wichtigkeit, weil nur eine solche imstande ist, auf verträglichem Wege günstige Abmachungen einzugehen und die Innehaltung vertraglicher Abmachungen zu garantieren.

Von dieser Erwägung ausgehend, beschließt der Verbandstag, folgende Agitationsleiter anzustellen, wobei in erster Linie Rheinland-Westfalen sowie der Osten Deutschlands zu berücksichtigen ist.

Sollte sich in der Zeit bis zum nächsten Verbandstage die Notwendigkeit weiterer Anstellungen herausstellen, so hat der Verbandsvorstand das Recht, solche Anstellungen vorzunehmen.

Nach längerer Debatte, welche den größten Teil der Vormittagsführung des 3. Verhandlungstages ausfüllt, in der verschiedene Redner ihre Erfahrungen auf dem Gebiete der Agitation mitteilen und manche Wünsche in dieser Hinsicht laut werden, wird nach einem Schlusswort der Referentin die Resolution einstimmig angenommen.

Zum 5. Punkt der Tagesordnung „Presse“ erhält das Wort Bucher-Berlin. Redner schildert die Schwierigkeiten, unter denen die Redigierung der „Solidarität“ heute zu leiden hat. Es ist neben der Berufsarbeit nicht möglich, die Zeitung mit jener Sorgfalt zu behandeln, die für ein Gewerkschaftsblatt notwendig wäre. Sie kann in ihrer jetzigen Gestalt den Ansprüchen der Kollegenchaft nicht mehr genügen. Das beantragte wöchentliche Erscheinen ist eine Notwendigkeit.

Bleich-Berlin erstattet den Bericht der Redaktionskommission und beschwert sich darüber, daß die Redaktion in einem Falle den gefaßten Kommissionsbeschlüssen nicht nachgekommen ist.

Es entspinnt sich eine sehr lebhaft debattierte, in der dem Redakteur vorgeworfen wurde, in der Ullsteinangelegenheit einseitig berichtet und auch in der Dresdner Sache das erlaubte Maß von Kritik überschritten zu haben. Sehr scharfe Angriffe richteten auch die Leipziger Delegierten zum Teil wegen eines abgelehnten Artikels gegen den Redakteur.

In seinem Schlusswort weist derselbe die Vorwürfe von Bleich-Berlin (über die Erwiderung des Kollegen Kruschinsky-Berlin) und Schulze-Leipzig zurück. In der Angelegenheit Dresden war er der Ansicht, daß einem Mann schweres Unrecht geschieht und darum zu der scharfen Tonart seines Artikels gezwungen wurde. Seit der Ullstein-Affäre existiert die Animosität in Berlin II gegen ihn. Durch Rundschreiben der Generalkommission wurde Redner zu der Veröffentlichung der letzten Artikel genötigt; ein Vorwurf, daß er kurz vor dem Verbandstage eine andere Tendenz verfolgte, um für sich

Stimmung zu machen, sei daher unberechtigt. Damit ist der Punkt Presse erledigt.

Es folgt dann die Festsetzung der Diäten für die Delegierten.

Der Antrag auf 12 Mk. Diäten pro Tag bei Weiterbeziehung des Lohnes und 15 Mk. Diäten pro Tag bei Verdienstentgang findet die Annahme mit großer Majorität.

(Schluß des Verbandstagsberichtes in nächster Nummer.)

Prolog

gesprochen am IV. Verbandstag von der Tochter des Kollegen Auerhammer.

Gegrüßt seien alle, die gekommen
Zu unserm heutigen Verbandesfest,
Gegrüßt seid Ihr, die unsern Ruf vernommen
Und hergekommen seid aus Norden, Süd und West.

Ja seid gegrüßt, die Ihr mit Bienenfleiß
Am hellen Tage und in später Nacht
Die Erde gleichsam düngt mit Eurem Schweiß,
Und sie dadurch zum Paradiese macht.

D seid gegrüßt, die Ihr beim Räderschwirren
In schwerer Frohnde Euer Wert vollbringt,
Und ohne Fagen, ohne Irrren,
Der Freiheit mächtig Banner schwingt.

Was ist es denn, daß uns zusammenführt,
Was uns verleiht die Kraft und Zueversicht?
Es ist der Drang nach Recht, das uns gebührt
Im vollen Maß zu unsrer harten Pflicht.

Wir wollen, daß auf Erden nicht mehr Leide,
Wer da mit schwiel'ger Hand an der Maschine steht
Und unter Sorgen in dem Arbeitskleide
Nur allzufröhlich zugrunde geht.

Wir wollen, daß das Wissen sich vermehre
Und frei entfalte die Gedankenjaat,
Daß man die Arbeit endlich einmal ehre
Und ihre Stimme würdige im Staat.

Wir haben keinen Grund das Haupt zu beugen
Und im Verborgnen tätig nur zu sein;
Wir können uns im vollsten Lichte zeigen,
Denn unser Tun verträgt den Sonnenschein.

Was wir erstreben muß die Welt erfahren,
Denn es ist edel und gerecht und schön;
Wir säen nur, die Ernte kommt nach Jahren,
Es darf die Saat nur nicht zugrunde geh'n.

Und uns're Saat, sie kann nicht ganz verderben,
Nicht einzig fallen nur auf öb' Gestein,
Es müßte denn der Fortschritt selber sterben
Und nur das Unrecht grab unsterblich sein.

Spricht man nicht heute mehr als je von Sachen,
Die bloß allein berühren unsern Stand?
Wer wagt es über unsern Verband heute noch zu lachen,
Den man vor Jahren noch höchst komisch fand?

Wer kann denn alle die Gedanken kennen,
Wer hat sie ihrer Zahl nach wohl verdrucht;
Wer mag die Menschen all' beim Namen nennen,
Die dieser Frage Lösung schon versucht?

Die Schar ist groß und wird durchaus nicht kleiner,
Sie wächst vielmehr noch mit Geschwindigkeit;
Heut sprechen Zwei, was gestern sprach nur Einer,
Getragen werden wir vom Strom der Zeit.

Und was die Zeit sich niemals außerzotet,
Was zur Idee sich einmal hat geklärt,
Das ward noch immer durch die Zeit geboren
Und triumphtierte trotz Gewalt und Schwert.

So ist vergeblich auch nicht unser Ringen,
Zerstreuen wird nicht was wir treu gepflegt;
Die Enkel werden zur Vollenbung bringen,
Wozu der Grundstein vor zehn Jahren ward gelegt.

Wenn morgen Ihr zur neuen Arbeit schreitet,
Laßt Einigkeit in Euren Reihen blüh'n,
Wenn Einigkeit bei Eurem Tun Euch leitet,
Dann ist das Werk schon halb gebieh'n.

Korrespondenzen.

Oldenburg. Am Sonntag den 16. Mai fand die erste ordentliche Versammlung statt, welche den Verhältnissen nach gut besucht war. Als Schriftführerin wurde Kollegin Müller gewählt. Die Wahl zweier Revisoren fiel auf Kollegen Gitt und Kollegin Koll. Bei Punkt Hausagitation weist Kollege Eilers auf die Notwendigkeit derselben hin und empfiehlt die Bildung einer Kommission, die sich die Vetreibung der Hausagitation zur Aufgabe machen soll. Im Laufe der weiteren Diskussion erbieten sich 3 Kollegen und 2 Kolleginnen, dieselbe zu unterstützen. Mit der Agitation wurde inzwischen begonnen und ein sehr gutes Resultat erzielt. Ferner wurde beschlossen, einen gemütlichen Nachmittag zu veranstalten, wozu sämtliche Kollegen und Kolleginnen, auch die nicht dem Verbands angehören, eingeladen werden sollen, um unsere Agitation besser betreiben zu können und die fernstehenden heranzuholen. Unter Verschließenem flagten mehrere Kolleginnen über schlechte Behandlung seitens der Maschinenmeister einer Druckerlei, wo sie als Menschen zweiter Klasse hingestellt würden und sich mit Schimpfnamen, wie „Komm mal her, du alte Höl!“ oder „Dummes Schwein!“ und sonstigen Ausdrücken, die hier nicht wiedergegeben werden können, traktiert werden. Unser Vorsitzender versprach diesem abhelfen zu wollen. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, wurde die Versammlung um 6 Uhr geschlossen.

Stettin. Versammlung vom 17. Mai. Das Protokoll wurde verlesen und angenommen. Der Vorsitzende machte auf den Artikel in Nr. 10 der „Solidarität“ aufmerksam. Besonders sind die Briefe zu beachten, welche wir abgefordert und erhalten haben, in welsch letzteren die Prinzipale kurz und bündig erklären, daß sie den Tarif aufrecht halten. Zur Aufnahme hatten sich zwei Kolleginnen gemeldet. Beschlossen wurde, am Himmelfahrtstage einen Ausflug nach Finkenwalde zu machen. Treffpunkt am Bahnhof mittags 1 1/4 Uhr. Der Vorsitzende wurde beauftragt, zur nächsten Versammlung den Kostenpunkt zum Sommerbergnügen festzustellen. Kollege Gronke scheidet aus unserer Organisation aus und legt somit sein Amt als Delegierter nach München nieder. Kollege Stichert stellte den Antrag, keinen Delegierten nach München zu entsenden, was angenommen wurde. Nachdem noch einige Sachen debattiert waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung. E. L.

Rundschau.

Eine Warnung für unsere Kollegen und Kolleginnen. Vielfach ist in den Reihen unserer Arbeiter die Meinung vorhanden, daß über die Anzahl der Druckauflage hinaus vorhandene Bogen, selbst wenn sie als Makulatur gelten, sie ohne weiteres zum eigenen Verbrauch verwendet werden dürfen. Besonders wo Ansichtskarten gedruckt werden, nimmt man solche Bogen, die verlegt sind und deshalb als Makulatur beiseite gelegt werden, nur zu gerne, ohne sich dabei etwas zu denken, an sich. Zu welchen fatalitäten das führen kann, zeigte eine am 11. Mai vor dem Amtsgericht München I durchgeführte Verhandlung. Drei Anlegerinnen der lith. artistischen Anstalt vorm. Gebr. Obpacher waren seitens der Direktion dieser Firma des Diebstahls angeklagt, und zwar weil eine Kollegin einen Bogen Seidenpostkarte, der verdruckt war, und die zwei anderen überzählige unbedruckte Seidenbogen sich rechtswrig angeeignet hatten. Die Arbeiterinnen versicherten, daß sie sich absolut keiner strafbaren Handlung bei Begehen ihres Verdrehens bewußt waren. Das Gericht sprach die eine Kollegin, welche den verdruckten Bogen an sich nahm, frei, die beiden anderen wurden zu je einem Tag Gefängnis verurteilt unter der ausdrücklichen Motivierung, daß das Urteil nur deshalb so milde ausfiel, weil die Angeklagten noch keine Vorstrafe erlitten haben.

Anzeige.

Unsere werthen Kolleginnen
Margarete Werthes und Susanne Gerherd
zu ihrem Kodzellsfeste sendet die herzlichsten
Glückwünsche
die Zahlstelle Darmstadt.

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 13.

Berlin, den 13. Juni 1908.

14. Jahrgang.

Eine gewerkschaftliche Frauen-Beilage.

Der Verband deutscher Textilarbeiter hatte vor einigen Monaten mit einer Spezialnummer der „Gleichheit“ unter den weiblichen Berufsangehörigen eine außerordentliche Agitation ins Werk gesetzt. Ob der Erfolg sehr bemerkenswert war, ist nicht zu erkennen; es ist aber anzunehmen, daß er nicht gerade allzu bedeutend gewesen sei, denn auf der Generalversammlung des Verbandes, die Anfang Mai in Leipzig stattfand, wurde von einem Zentralvorstandsmitglied, Fräulein Hoppe, ein sehr instruktiver Vortrag über „Die Agitation unter den Arbeiterinnen“ gehalten, der auf folgenden Thesen aufgebaut war:

1. Bei den alljährlich stattfindenden Wahlen zur Ortsverwaltung resp. zum Vorstand weibliche Personen mit in den Verwaltungskörper zu wählen.

2. Bei der Anstellung mehr als eines Geschäftsführers eine für die Agitation befähigte weibliche Person anzustellen.

3. Filialen, die nach Maßgabe ihrer Mitgliederzahl mehr als einen Delegierten zur Generalversammlung entsenden können, sind verpflichtet, auch weibliche Personen zu delegieren.

4. Als hauptsächlichstes Mittel zur Agitation ist die Presse anzusehen. Um in der Zukunft erspriechlicher auf diesem Gebiete wirken zu können, beschließt die Generalversammlung:

„Der Zentralvorstand hat mit der Redaktion die Frage zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen in unserer eigenen Regie eine Beilage zum „Textilarbeiter“ gegeben werden kann, welche ausschließlich der Agitation unter den Arbeiterinnen dienen soll.“

Sollte der Zentralvorstand und die Redaktion zu der Erkenntnis kommen, daß die Schaffung einer solchen Beilage vorteilhaft und ohne zu große Kosten möglich sei, so kann vom 1. Januar 1909 ab eine solche Beilage geschaffen werden. Die nächste Generalversammlung soll dann entscheiden, ob diese Einrichtung eine ständige werden und als Ersatz für die „Gleichheit“ dienen soll.“

Hauptsächlich der 4. Punkt dieser Resolution rief unter den Delegierten einen heftigen Widerspruch hervor. Wiederholt hob man die Verdienste der „Gleichheit“ hervor und schien wohl die Mehrzahl der Anwesenden von dem Gefühl durchdrungen zu sein, daß die Gleichheit viel paßender zur Agitation unter den Arbeiterinnen sei, als eine spezielle Frauenbeilage des eigenen Verbandsorgans. Doch noch eine andere Ueberlegung wurde den Delegierten und dadurch auch der Öffentlichkeit zuteil. Der Berliner Delegierte Nüssel begründete diesen Antrag einer Frauenbeilage nämlich nicht etwa mit dem sehr naheliegenden Umstand, daß von ca. 400 000 dem Beruf angehörenden Arbeiterinnen nur erst 46 000 organisiert seien und man nun besondere Anstrengungen machen müsse, um die noch Fernstehenden für die Organisation zu gewinnen, sondern nach ihm wäre eine ganz andere Ursache der Grund zur Empfehlung dieses Antrages: Die Beilage soll nämlich gegründet werden, um einen Plan entgegenzutreten, den „das gewerkschaftliche Frauen-Agitationskomitee in Berlin gemeinsam mit der Generalkommission ausbrütete“. Dieser Plan gehe nämlich dahin, eine „gewerkschaftliche Frauenzeitung“ zu gründen, um wiederum die „Gleichheit“ zu verdrängen. —

Ja, was soll man denn nun davon eigentlich denken? Ist das Ideal der Gewerkschaften faktisch schon so tief gesunken, daß man auf dem schlechtesten Wege eine Frauenbeilage gründen muß, um einer gewerkschaftlichen Frauenzeitung zu entgegen? — Und hat die Generalkommission (das Frauen-Agitationskomitee hat bekannt gemacht, daß es diesen Plan völlig fernstehe) wirklich nichts anderes mit der zurzeit noch sehr visionären Gründung einer gewerkschaftlichen Frauenzeitung bezweckt, als nur die „Gleichheit“ zu verdrängen? Das fällt

einem unwillkürlich beide Male das Gleichnis von dem geschlagenen Sack und dem gemeinten Esel ein. Der Esel, der eigentlich gemeint ist, ist das eine Mal die Generalkommission, das andere Mal die „Gleichheit“, und der geschlagene Sack, das ist beide Male die weibliche Arbeitererschaft. Bis jetzt war ich immer der Meinung, daß die Arbeiterinnen für die Organisation gewonnen werden sollen, um ihrer selbst willen, um sie aufzurütteln gegen die schmachvolle Unterdrückung, in der sie sich befinden, und um sie tatkräftig und kampffähig zu machen, damit sie gemeinsam mit den Arbeitern um eine Verbesserung ihrer Lebenslage kämpfen können. Dies war mir immer als ein so hohes und zukunftsreicheres Ziel erschienen, daß es mir als Selbstzweck schon der größten Anstrengungen wert schien, und nun soll dies nur das Mittel sein, um einen kleinlichen, niedrigen Zweck zu erreichen? Unter den Umständen muß denn doch jede Arbeiterin sich beifens dafür bedanken, als Prügelsack für die eigenen Klassengenossen zu dienen und schade um jeden Erfolg in der Agitation, der durch Anwendung solch schätzbaren Mittel erreicht wurde!

Doch ich glaube, diese Verleumdungen beruhen nur auf einem Mißverständnis, und man kann ohne weiteres zur Ehre der betreffenden Institutionen annehmen, daß die Grundgedanken der beiden Pläne reiner Natur waren. Die Genossin Hoppe hat sicher nur aus agitatorischen Gründen den Antrag auf Gründung einer Frauenbeilage gestellt, und wenn die Generalkommission diesen Gedanken, eine gewerkschaftliche Frauenzeitung zu gründen, erwogen haben sollte, dann werden solch niedrige Motive sicher nicht die Triebfedern dazu gewesen sein; dafür bürgt schon die an der Spitze der Generalkommission und somit an der Spitze der Gewerkschaften stehende Persönlichkeit des Genossen Legien. Nehmen wir also als feststehend an, daß die häßlichen Verleumdungen auf Irrtümern beruhen, nehmen wir ferner an, daß der Gedanke einer gewerkschaftlichen Frauenzeitung wirklich greifbare Gestalt gewinnen könne und unterjuchen wir einmal, aus welchen Gründen eine solche Idee entstehen konnte.

Nach dem „Atlas für Arbeiterversicherung“ waren im Jahre 1902 in Deutschland von 5 800 000 erwerbstätigen weibl. Personen 2 299 050 Personen krankenversicherungspflichtig, und diese Zahl der weiblichen Arbeiter könnte wohl ungefähr als Organisationsobjekt für die Gewerkschaften in Frage kommen; denn mutmaßlich findet man in ihr die weibliche Industriearbeitererschaft. Nach der im Korrespondenzblatt der Generalkommission veröffentlichten Statistik haben wir in Deutschland im Jahre 1900 22 844 organisierte Arbeiterinnen gehabt, die sich bis 1905 auf 74 411 vermehrt hatten und bis 1906 wiederum eine Steigerung auf 118 908 zu verzeichnen hatten. Vergleicht man nun diese Zahl der organisierten Arbeiterinnen mit der Zahl der krankenversicherungspflichtigen, so kommt man allerdings zu dem Schluß, daß den Gewerkschaften noch eine unendliche Arbeit bevorsteht, um die weiblichen Arbeiter wenigstens in demselben Prozentfuß zu organisieren wie die männlichen. Nimmt man an, daß aus den 2 299 050 krankenversicherungspflichtigen des Jahres 1902 bis zum Jahre 1906 ca. 2½ Millionen geworden sind, dann sind die Arbeiterinnen erst zu 4,7 pCt. organisiert; das Verhältnis bei den Männern liegt ungleich günstiger. Im Jahre 1902 waren 8 020 514 Männer krankenversicherungspflichtig; nimmt man von ihnen eine Steigerung bis 1906 auf 8 300 000 an, so gehörten die Männer mit 1 570 601 Organisierten zu 18,9 pCt. den freien Gewerkschaften an. Nun ist ja allerdings der Prozentfuß bei den Männern nicht gerade glänzend, er übersteigt jedoch den der Frauen um das vierfache. Somit ist dargetan, daß gerade das Arbeitsfeld bei den weiblichen Arbeitern einer ungleich stärkeren und intensiveren Beachtung bedarf als bei den Männern. Was tut man nun in den Gewerkschaften, um die Frauen mehr zur Organisation heranzuziehen?

Man kann wohl keiner freien Gewerkschaft, die weibliche Mitglieder hat oder bekommen kann, den guten Willen absprechen, die weiblichen Berufsangehörigen für die Organisation heranzuziehen. Daß es trotz aller Mühe aber nicht so gelingt, wie es wünschenswert wäre, muß doch ganz bestimmte Ursachen haben, und da vermute ich, daß eine der Hauptursachen darin liegt, daß das schöne Wort von der Gleichberechtigung der Frauen und Männer in den meisten Fällen nichts als eine Phrase bedeutet. Man sieht dies schon sehr deutlich an den Beiträgen. Diese sind nicht etwa dem Verdienste angepaßt, sondern man hat in den meisten Verbänden eine streng geschlechtliche Scheidung durchgeführt. Die Männer zahlen meist einen höheren Beitrag, als die Frauen und degradieren diese damit unbewußt zu Mitgliedern zweiter Klasse. Und dies nicht etwa, weil sie weniger verdienen, sondern weil sie eben Frauen sind. Denn daß sie immer und unter allen Verhältnissen weniger verdienen, ist durchaus nicht der Fall; ich möchte z. B. behaupten, daß ein großer Teil der Berliner weiblichen Mitglieder des Buchbinderverbandes mehr verdient, als viele auswärtige männliche Buchbinder. Auch im Metallarbeiterverbande kommen ziemlich hohe Verdienste von Arbeiterinnen vor, mit denen sich mancher Arbeiter nicht messen kann. Aber trotzdem zahlen die Frauen in beiden Verbänden 20 Pf. Beitrag, die Männer bei den Buchbindern 45, bei den Metallarbeitern 50 Pf. Demgemäß sind dann natürlich auch die Rechte der weiblichen Mitglieder geringer, was sich am bemerkbarsten bei den Unterstützungen widerspiegelt. Meistlich so liegen die Verhältnisse noch bei den Fabrikarbeitern, Gärtnern, Handlungsgehilfen und manchen anderen. Aus solchen ungerechten Beitrags- und Unterstützungsweisen entwickeln sich dann weitere Ungerechtigkeiten, die bei den Wahlen zu Vorstandskämern zum Ausdruck kommen. Sehen wir uns einmal die Vorstände der Gewerkschaften an! Unser Verband und der Verband der Blumen- und Blätterarbeiter sind die einzigen, die eine Frau als Leiterin haben. Aber auch in den weniger verantwortlichen Stellen findet man höchst selten Frauen. Keinesfalls aber sind sie der Stärke ihrer Mitgliederzahl gemäß vertreten. Man muß es den Herren der Schöpfung lassen, in den meisten Fällen ist ihnen der ungeschickteste Mann im Amte lieber als eine Frau. Weibliche Gewerkschaftsbeamte findet man höchst selten, weibliche Redakteure von Gewerkschaftszeitungen überhaupt nicht. Und das, obgleich in manchen Verbänden die weiblichen Mitglieder überwiegen. Auch unser allerhöchstes Ministerium, die Generalkommission, besteht aus 11 Personen, natürlich lauter Männern. Doch will ich nicht unterlassen zu bemerken, daß auch eine Frau und zwar unsere Verbandsvorsitzende bei der Wahl zur Generalkommission mit vorgeschlagen war und auf dem Gewerkschaftskongress 1905 auch ganze 46 Stimmen erhalten hat; die anderen konnten sich nicht zu der heroischen Tat aufschwingen und so blieb „die Frau“ ungewählt. Manich erleichternder Senfzer mag danach die Lippe durchzittert haben. Aber von denen, die da fürsteten, daß „die Frau“ doch gewählt werden könnte, kann man wohl, ohne sie zu kränken, annehmen, daß sie wegen der Organisation der Arbeiterinnen noch keine Gedanken tiefen zu überbrücken gehabt haben; denn wenn sie schon einmal versucht hätten, sich in die Agitationsarbeit unter den Frauen hineinzuversehen, dann wären sie auch zu dem Schluß gekommen, daß man der obersten Gewerkschaftsinstitution wenigstens eine Frau als Sachverständige zur Seite geben müsse. Wenn wir nun noch feststellen, daß die ganze Liste der örtlichen Gewerkschaftsartikel keine einzigen weiblichen Namen aufweist, dann können wir wohl unsere Beweiskette von der nicht existierenden Gleichberechtigung schließen.

Nun werden zwar all die bekannten Einwürfe folgen, daß die Frauen noch nicht „reif“ sind, daß

sie nicht „hervortreten“ wollen, daß sie erst garnicht in die Versammlungen kommen und sich um nichts kümmern usw., und möchte ich dem im voraus damit begegnen, daß man die Schüchternheit und Unreife überwinden muß. Man kann damit anfangen, daß man in den Versammlungen Themen erörtert, die auch die Frauen interessieren, daß man den Vorstandsmitgliedern nicht mit lauter Männern besetzt, sondern geteilt von beiden Geschlechtern, daß man nicht gar zu verwundert oder gar spöttisch aufschaut, wenn mal eine Frau ihrer Meinung Ausdruck gibt, sondern dies als so selbstverständlich ansieht, wie es eigentlich sein sollte, und daß vor allen Dingen die Kollegen sowohl in der Versammlung, als auch in der Werkstatt in der Mitarbeiterin nicht die Frau, sondern die Kollegin erblickt und sie als solche achten und behandeln lernt. Das Organisationsbureau muß ihnen heimlich gemacht werden dadurch, daß sie dort eine Geschlechtsgefährtin vorfinden, damit sie nicht mit jeder Frage und Angelegenheit sich verhalten müssen, vor dem oft eine gewisse Scheu sie abhält, ihr Anliegen vorzubringen.

Wenn wir uns nun unsere gewerkschaftliche Presse betrachten, so müssen wir auch da konstatieren, daß die Arbeiterinnenbewegung dort wenig Berücksichtigung findet; es mag oft sein, daß die Geschichtnisse im Beruf wenig Raum und Zeit lassen, sich noch damit abzugeben, aber es wäre immerhin ein Belohnung, wenn man bei einigermaßen guten Willen abhelfen könnte. Einige Verbände haben dies mit der Verteilung der „Gleichheit“ an die im Beruf verarbeiteten weiblichen Mitglieder versucht; ob das gut und praktisch war, darüber zu diskutieren dürfte sich nach dem Geburtsjahr unseres schönen, neuen Vereinsgesetzes erübrigen. Daß man aber zu diesem Mittel gegriffen hatte und daß jetzt die Gründung einer Frauenbeilage geplant war, läßt deutlich erkennen, daß unsere Presse Lücken aufzuweisen hat, die ausgefüllt werden müssen. Und wenn nun auch die Generalkommission dieselbe Idee gehabt hat und zur Ausführung zu bringen wünscht, dann hat sie sich dabei auch jedenfalls von dem Gedanken tragen lassen, daß es für die Arbeiterschaft im allgemeinen nutzbringend wirken wird, wenn die Arbeiterinnen mehr als bisher zur Organisation herangezogen werden. Da von den betreffenden Gewerkschaften die dazu nötigen Schritte nicht gerade in befriedigendem Maße getan wurden, so hat eben die Generalkommission geglaubt, ein Ueberiges tun zu müssen. Und der Gedanke ist auch garnicht übel. Freilich darf man nicht außer Betracht lassen, daß auch dadurch wieder ein Ausnahmezustand geschaffen würde; dies ist ja leider eine nicht zu umgehende Tatsache, aber unter den jetzigen Verhältnissen befinden sich ja die Frauen auch in einem Ausnahmezustand. Denn als normal kann man einen Prozentsatz von 4,7 weiblichen gegenüber 18,9 pSt. männlichen Organisierten doch nicht bezeichnen. Um nun zwischen beiden ein normales Verhältnis herzustellen, d. h. also, die Frauen in solcher Zahl zu organisieren, daß sie im Prozentfuß mit den Männern gleichstehen, werden höchstens noch außergewöhnliche Mittel angewandt werden müssen, und als ein solches wäre das „gewerkschaftliche Frauenblatt“ zu begrüßen. Erblickt dieses seine Aufgabe darin, die Arbeiterinnen für die Organisation vorzubereiten, sie zu lehren, die Berufsinteressen über die eigenen Interessen zu stellen, sich als Glieder der arbeitenden Klasse fühlen und mit den Arbeitsbrüdern und Schwestern zu kämpfen für die Rechte des Proletariats, dann kann es tatsächlich ein Agitationsmittel für die Arbeiterinnen werden, das von durchschlagender Werbekraft ist. Bedingung wäre allerdings, daß es die fachverständige Mitarbeit von Arbeiterinnen aller Berufe sich sichert, damit ein jeder Beruf auch etwas für sich darin findet; und meines Erachtens würde das Blatt seine Schuldigkeit getan haben, wenn es die noch sehr darniederliegende Organisation der Arbeiterinnen in das richtige Fahrwasser und in gleiche Höhe mit den Arbeitern gebracht hat, so daß die Frauen nicht mehr einen Hemmschuh im Vorwärtsschreiten bilden, sondern als treue Mitkämpferinnen an der Seite der Männer schreiten. Nicht soll etwa das Frauen-Gewerkschaftsblatt die Fachzeitungen ersetzen, sondern als Hilfsmittel dienen, um das Schwerverständliche ohne große Mühe verstehen zu lernen. Die Fachzeitung versteht jeden sogleich mitten in das gewerkschaftliche Getriebe hinein und

ohne Verständnis wird das neue Mitglied sich darin umhauen. Das Verständnis für all diese fremden Begriffe zu wecken wird Aufgabe der gewerkschaftlichen Frauenzeitung sein und die weiblichen Mitglieder dann weiter zu führen, ihnen immer wieder zu sagen, daß in der Gewerkschaft nicht hier Männer und dort Frauen, sondern daß alle Proletarier Angehörige der arbeitenden, ausgebeuteten Klasse sind und die Interessen aller zusammengefaßt werden in den Grundgedanken der gesamten Arbeiterbewegung: Einer für Alle, Alle für Einen! das muß nicht der leichteste, wohl aber der schönste Beruf des Blattes werden — wenn es zustande kommt.

Gertrud Loda hl.

Korrespondenzen.

Berlin I. Versammlung vom 20. Mai. Zunächst ehrte die Versammlung das Andenken an die verstorbenen Kollegin Zimmermann durch Erheben von den Plätzen. Sodann berichtete Kollegin Leske über die stattgefundenen Druckerwerbungen. Bei Sittenfeld hatte das gesamte Hilfspersonal und die Maschinenmeister gekündigt. Das rigorose Vorgehen des Obermeisters war die Veranlassung. Die Kündigung ist bereits wieder zurückgenommen, weil das Tarifamt der Buchdrucker das Verhalten des betreffenden Herrn scharf verurteilt und dieser auch versprochen, sich in Zukunft zu bessern. Kollegin Leske warnt vor dergleichen Massnahmen. In derselben Firma handelte es sich weiter um die Anlageapparatur und wird der Antrag gestellt, in aller nächster Zeit eine kombinierte Sitzung einzuberufen, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Weiter fanden noch Druckerwerbungen bei Eisner, Kroll, Regenhardt, Wolfstein, A. Unger und Lotal-Anzeiger statt. Der zweite Punkt der Tagesordnung, Abrechnung der Willeits vom Stützungsfest, wurde zurückgestellt. Unter „Verschiedenem“ wurde ein Auszug besprochen. Beschlossen wurde eine Wahnpartei nach Nischelswerber am 21. Juni. Unseren beiden Angestellten bewilligte die Versammlung 14 Tage Ferien. Die anwesenden Kolleginnen von S. S. Herrmann beantragten, dort eine Druckerwerbungsversammlung stattfinden zu lassen betreffs Wahl einer Vertrauensperson. Zum Schluß wies die Vorsitzende noch auf den Verbandstag hin. Sie betonte, daß unsere Delegierten nicht mit einer gebundenen Marschroute nach München gingen, sondern je nach der Lage der Dinge nach bestem Empfinden für das Wohl der Allgemeinheit beraten und beschließen werden.

Berlin Zahlstelle II (Hilfsarbeiter). Am 17. Mai er. fand die erste Mitgliederversammlung im Geschäftsjahr 1908/09 mit folgender Tagesordnung statt: 1. Mitteilungen; 2. Verbandstagsanträge; 3. Wahl dreier Revisoren; 4. Wahl eines Ersatzdelegierten zum Verbandstag; 5. Verschiedenes. Nach Verlesung und Annahme des Protokolls der vorigen Versammlung teilt Kollege Moritz den Tod der Kollegen Offenberger und Drehmer mit. Die Versammlung ehrt das Andenken an die Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Sodann gibt Kollege Moritz das Resultat der Urabstimmung zur Vorstandswahl bekannt und erucht im Auftrage des Vorstandes, zu den Unkosten der Landtagswahl 200 Mk. aus der Lokalkasse zu bewilligen, was einstimmig angenommen wird. Ebenso werden einem in Rot geratenen Kollegen 30 Mk. bewilligt. Kollege August Lindau mußte ausgeschlossen werden, da er verlag, seine Beiträge zu bezahlen. Trotz mehrmaliger Mahnung durch mit ihm zusammen beschäftigte Vorstandskollegen weigerte er sich zu zahlen, verhöhte dieselben noch und als er am 9. Mai entlassen wurde, wurden ihm die Beiträge auf Grund des Statuts nicht mehr abgenommen. Die Versammlung nimmt einstimmig den Ausschluß an, nachdem die Kollegen Kuffeld und Reichert 2's fröhliches Verhalten noch näher besprochen. Es war zur heutigen Versammlung geladen, aber nicht erschienen. Nach Bekanntgabe mehrerer Druckerwerbungen und Verhandlungen in einzelnen Druckerereien gibt Kollege Moritz bekannt, daß diejenigen Kollegen, die für einen Kranken länger als 4 Wochen beschäftigt sind, auf ihre Kündigung verzichten sollen. Es entspinnt sich hierüber eine längere Debatte; an der sich die Kollegen Rodenberg, Rob. Weber, Moritz und Reinko beteiligen, schließlich wird beschlossen, dies auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen. Kollege Land bestätigt im Auftrage der Zahlkommission das schon von Moritz mitgeteilte Resultat der Urabstimmung. Beim 2. Punkt der Tagesordnung beauftragt Kollege Land nach kurzer Diskussion, in die Verhandlung über die Anträge nicht

weiter einzutreten, da im Mitteilungsblatt zweimal über dieselben geschrieben wurde und dies den Delegierten zu überlassen, die auf alle Fälle für die Selbstverwaltung eintreten werden. Der Antrag Land wird angenommen. Als Revisoren werden hierauf die Kollegen Altendorf, Reichert und Rodenberg gewählt. Sodann erklärt Kollege Moritz, daß Kollege Kuffeld leider schwer erkrankt sei und es demselben jedenfalls wegen der damit verbundenen Anstrengungen nicht möglich sein wird, auf dem Verbandstage zu erscheinen. Kollege Fuß schlägt vor, vorzuziehen den Kollegen Spalthoff vor, während Kollege Moritz die Ansicht vertritt, daß wenn ein Ersatzdelegierter gewählt wird, der Kassierer in erster Linie ein Anrecht hierauf hat. Es entspinnt sich hierüber eine ausgedehnte Debatte, nach deren Verlauf Kollege Baumgarten einstimmig gewählt wurde. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung mit einem Hoch auf den Verband und die Zahlstelle II.

Crimmitschau. Am Mittwoch, den 20. Mai, fand in Dings Gathof eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt, wozu Kollege Schulze-Leipzig das Referat übernommen hatte. Den ersten Punkt, Arbeitgeberorganisation und gelbe Gewerkschaften, behandelte derselbe in sachlicher und leicht verständlicher Weise, so daß die Anwesenden zu der Auffassung gelangten, daß man wohl in Zukunft beiden Korporationen etwas mehr Beachtung schenken müsse wie bisher, arbeiten doch gerade die Unternehmer mit allen erlaubten und nicht erlaubten Mitteln, wenn es gilt, für sich etwas herauszuschlagen. Auch ist man bei Lohnbewegungen in der Wahl von Arbeitern nicht so eigenförmig als sonst, ganz gleich aus welchem Weltteil man dieselben herlockt, um damit unsere berechtigten Forderungen illusorisch zu machen. Aus diesem Grunde kommt man dann zur Gründung obiger Gewerkschaften, um zu jeder Zeit willföhrige Arbeitspersonal zu haben. Es ist deshalb Pflicht unserer Kolleginnen und Kollegen, in der Agitation etwas schneller zu arbeiten, um unseren Gegnern auf diesem Gebiete den Boden abzugraben. Jedem anfänglichen Arbeiter und jeder Arbeiterin muß die Zusammenziehung solcher Gewerkschaften verständlich gemacht werden, aus welchen Elementen diese Gewerkschaften zusammengeleitet sind, um mit diesem sogenannten Lumpenproletariat nicht gleichwertig eingeschätzt zu werden. Den zweiten Punkt, das neue Reichsvereinsgesetz, behandelte Kollege Schulze in kurzen Zügen wegen vorgerückter Zeit und vergleicht im wesentlichen das alte sächsische Vereinsgesetz mit dem neuen Reichsvereinsgesetz. Wenn auch von einem freien Vereinsgesetz nicht im mindesten die Rede sein kann, bürgt es doch gerade für die Gewerkschaften einen großen Teil Erleichterungen bezüglich der Abhaltung von Versammlungen und dergleichen. Während nach dem alten Vereinsgesetz selbständige Vereine (Ortsvereine) für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in Sachen nicht bestehen durften, sobald man auf anderem Wege, außerhalb Sachsens, dergartige Vereine gründete (unsere jetzigen Zentralverbände), welche man in Zahlstellen und Ortsgruppen einteilte und Vertrauenspersonen anstellte. Das ist nach dem neuen Vereinsgesetz gestattet, ohne die Mitgliederlisten einzureichen. Während den jungen Leuten unter 21 Jahren die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen nach altem Muster verboten war, ist es jetzt erlaubt, mit 18 Jahren politischen Vereinen anzugehören und an solchen Versammlungen teilzunehmen. Es ist deshalb geboten, auch unter unserer jungen Garde mehr agitatorisch zu wirken und dieselbe zu uns herüber zu ziehen. Deshalb werden und müssen wir das uns gnädigst geschenkte Vereinsgesetz nach Kräften ausnützen, so weit wie möglich. Kollege Vogel gibt hierzu bekannt, daß zwar unser sächsisches Volksblatt für die Amtshauptmannschaft Zwickau und den Amtsgerichtsbezirk als Publikationsorgan zugelassen ist, dennoch hat der Stadtrat von Crimmitschau daselbst nicht bestätigt, sondern hierzu den Crimmitschauer Anzeiger (Amtsblatt), die Stadt- und Landzeitung (500—600 Abonnenten) und an dritter Stelle die Nationale Volkszeitung, welche am 15. April ins Leben trat, bestimmt, während unser Volksblatt mit 2300 Abonnenten als meist gelesenes Organ gilt. Da die Zeit vorgerückt ist, nimmt man von der Beratung der weiteren Punkte Abstand und verträgt dieselben zur nächsten Monatsversammlung. Möge den Anwesenden dieser lehrreiche Vortrag ein Ansporn sein, weitere dergartige Versammlungen abzuhalten, um immer mehr Licht und Aufklärung unter unsere Kollegenschaft zu bringen, zu welchen uns Kollege Schulze versichert, gern sein Wissen und Können einzusetzen und einem späteren Ruf zu folgen.